

Auszug aus der Niederschrift über die 06. Sitzung der Bürgerschaft am 26.08.2021

Zu TOP: 9.10

Stralsund in 10 Jahren klimaneutral

Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI

Vorlage: AN 0127/2021

Frau Kindler erläutert den Antrag und erinnert an die Bedeutung des Klimaschutzes und die Verantwortung für die Gesellschaft.

Frau Bartel stimmt zu, dass scheinbar eine Zeit des Umdenkens eingesetzt hat.

Sie teilt für die Fraktion SPD die Positionierung zu den TOP 9.10 und 9.11 mit.

Dem TOP 9.11 wird die Fraktion SPD zustimmen. Frau Bartel führt als gelungenes Beispiel die Stadt Mühlhausen/Thüringen an.

Zum TOP 9.10 hält sie es für zielführender, die Stadtwerke am Prozess zu beteiligen. Das im Antrag genannte Zeitfenster ist aus ihrer Sicht unrealistisch.

Herr Dr. Zabel begründet die ablehnende Haltung der Fraktion CDU/FDP zum Antrag. Es wird die Gefahr gesehen, dass Verwaltungsverfahren durch weitere Prüfprozesse verlängert werden. Er empfiehlt, die Thematik im Fachausschuss aufzugreifen und mit fachlicher Expertise zu konkretisieren. Im Fachausschuss könnten u.a. aktuelle Werte erhoben werden.

Herr Suhr bestätigt die Sinnhaftigkeit einer aktuellen Datenerhebung, um ggf. nachzujustieren. In Richtung des Ausschussvorsitzenden des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung regt er an, die Thematik Klimaschutz deutlich in den Fokus zu nehmen. Herr Suhr vertritt die Auffassung, dass Klimawandel nur funktioniert, wenn sich die Politik ambitionierte Ziele setzt.

Herr Dr. Zabel macht die Position der Fraktion CDU/FDP deutlich. Demnach soll der Klimaschutz umgesetzt werden, jedoch sollten realistische Ziele verfolgt werden. Grundlage einer möglichen Zielsetzung ist eine hinreichende Datenlage und eine fachliche Bewertung.

Frau Kümpers erinnert an die Verantwortung jedes Einzelnen für zukünftige Generationen. Die Klimaneutralität sollte schnellst möglich erreicht werden. Sie bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Haack meint, dass Anträge realistisch sein müssen und nicht nur Aktionismus zeigen sollten. Erst wenn vernünftige Grundlagen gegeben sind, können realistische Ziele gesetzt werden. Die Fraktion Bürger für Stralsund wird den Antrag ablehnen.

Der Präsident stellt den Antrag AN 0127/2021 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Hansestadt Stralsund setzt sich zum Ziel, mit einem Zeithorizont von zehn Jahren, also spätestens bis Ende 2031, klimaneutral, bzw. klimapositiv zu sein. Die Stadtverwaltung sowie die Unternehmen mit städtischer Mehrheitsbeteiligung sollen dabei Vorbildwirkung übernehmen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- für alle Bereiche der Stadtverwaltung und der kommunalen Unternehmen die zur Klimaneutralität notwendigen Maßnahmen und den dafür erforderlichen Aufwand aus der Perspektive der Stadt, der Bürgerinnen und Bürger und weiterer Bereiche zu beziffern und deren Umsetzung zeitlich einzuordnen,
- der Bürgerschaft bis Ende des Jahres 2021 einen konkreten Maßnahmenplan für die Stadtverwaltung und die kommunalen Unternehmen zur Beschlussfassung vorzulegen, mit dem Ziel, ab 2022 eine jährliche Reduzierung der CO₂-Emissionen von Stadtverwaltung und kommunalen Unternehmen um jeweils mindestens 10 Prozent zu erreichen. Als Ausgangswert gilt dabei die CO₂-Bilanz 2020,
- der Bürgerschaft jährlich zum Stand der Umsetzung zu berichten.

Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Vereine sollen für das Ziel der Klimaneutralität gewonnen werden. Der Oberbürgermeister wird damit beauftragt, der Bürgerschaft dazu geeignete Vorschläge vorzulegen.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 09.09.2021